

SP – Bezirksversammlung (Nomination) 17. September 2004

Liebe Gleich- und Ähnlichgesinnte,

Ich bedanke mich bei euch im Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten recht herzlich für die Nomination zur Kandidatur in den Grossen Rat. Es wird diesmal schwieriger werden unter dem geänderten Grossratswahlgesetz mit neu nur noch 140 Mitgliedern, einen Sitz zu erobern. Neu wird der Bezirk Rheinfelden nur noch 10 statt 14 Abgeordnete stellen. Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen braucht es das Engagement und die Unterstützung von euch allen. Wir sind daher froh, um jede Hilfe eurerseits, damit wir einen grossflächigen, den ganzen Bezirk abdeckenden Wahlkampf führen können. Was hat sich aber auch sonst noch verändert seit den letzten Wahlen? Das politische Klima, wenn man noch von einem Klima reden kann, hat sich derart verschlechtert, dass eine konstruktive Zusammenarbeit mit den politisch Andersdenkenden nicht mehr oder nur noch teilweise möglich ist. Zu stark ist das bürgerliche rechte Lager aus den letzten Wahlen hervorgegangen. Dies gilt es nun zu korrigieren. Die FDP ist längst zum Juniorpartner der SVP verkommen. Diese beiden finden sich jeweils, wenn es um einen ausgeglichenen Staatshaushalt geht, der Steuererhöhungen oder Mehreinnahmen a priori ausschliesst und diese Ausgeglichenheit durch das Kürzen von – aus bürgerlicher Sicht- unnötigen sozialen Angeboten und Leistungen, wie zum Beispiel bei der Bildung, erreicht. Dass sich dabei die CVP immer mehr nach rechts neigt und sich nicht mehr als „Wertepartei“ zu profilieren versucht, erschwert die Sache noch zusätzlich und auch die Grünen sind keine verlässlichen Partner mehr. In diesem Umfeld ist das politisieren schwierig geworden und bereitet mir nicht nur Mühe sondern macht mir auch Sorge. Sorge bereitet mir die Entwicklung, dass alles und jedes nur noch durch die finanzpolitische Brille besehen wird. Die Finanzpolitik hat längst das Feld erobert und steht vorbehaltlos vor jeder Sach- und Sozialpolitik. Es muss gespart werden, egal was es kostet. Mit dieser Einstellung wird jedoch eine zukunftsorientierte, soziale, gerechte und nachhaltige Politik verhindert, welche es den Menschen in diesem Kanton

ermöglichen soll, eine gute Bildung, ein funktionierendes und auch bezahlbares Gesundheitswesen und eine nachhaltige Umwelt- und Verkehrsentwicklung zu geniessen. Der Abbau der Schuldenwirtschaft ist mit Sparen allein nicht zu machen. Aber es gibt andere Massnahmen die viel Geld bringen und die finanzielle Lage des Kantons entlasten würden. Nebst dem längst fälligen streichen des Steuerrabattes für gut Verdienende, welcher uns in den letzten 14 Jahren 394 Mio.- gekostet hat, muss die Steuerhinterziehung wie der Steuerbetrug endlich strafbar gemacht werden. Man stelle sich zu dem auch vor; bei einem Gesamtbestand von 14`300 Firmen (Stand 31.Dez.2001) werden auf Grund des fehlenden Personalbestandes unsres Kantons, nur rund 2000 oder 14% einer eingehenden Prüfung unterzogen. Und von diesen 2000 geprüften Jahresabschlüssen von juristischen Personen waren nur 20% in Ordnung!! 47% wiesen kleiner und 33% gar erhebliche Mängel auf. Bei den Einzelfirmen und Personengesellschaften werden sogar nur 7,5 % pro Jahr geprüft. Wenn ich da an meine Steuererklärung denke, die jährlich von der Steuerverwaltung lupengenaue kontrolliert und überprüft wird, sträuben sich mir die Nackenhaare. Der Antrag der SP-Fraktion, man solle die Steuererklärungen aller Selbstständigerwerbenden und juristischen Personen innerhalb von 5 – 6 Jahren mindestens einmal am Domizil prüfen, wurde jedoch im Grossen Rat nicht mal als Postulat überwiesen. Es darf doch nicht sein, dass man auf der einen Seite Steuern erhöhen will, oder muss und gleichzeitig Steuerhinterziehung zulässt. Auch müssten Kapitalgewinne besteuert werden und nicht nur die geleistete Arbeit. Auch müsste meiner Meinung nach eine Steuergerechtigkeit oder sogar eine Steuerharmonisierung generell dazu führen, dass z.B. ein Einkommen ab 150`000.- in allen Kantonen gleich besteuert wird. Steueroasen wie Zug und Schwyz darf es künftig nicht mehr geben, wo sich die Reichen die Hand geben und nur einige tausend Franken versteuern und andernorts Arbeiterfamilien ein Mehrfaches dessen an Steuergeldern aufbringen müssen. Auch die Schwarzarbeit gehört bekämpft. Sie schafft nicht nur ungerechte Situationen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sondern entzieht dem Staat Steuersubstrat und der Wirtschaft dringend

nötiges Arbeitsvolumen. Vorstösse unserer SP- Fraktion die zu Ändern, scheiterten alle an der bürgerlichen uneinsichtigen Mehrheit. Wie bedenklich im Rat Sparbeschlüsse beschlossen, werden, sollen diese beiden Beispiele verdeutlichen. Da wurde auf Antrag der SVP, kurz vor der Sommerpause, die ersatzlose Streichung der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern inkl. aller Stellen der Gleichstellungsbeauftragten und der Gleichstellungskommission gefordert. Dass dies ein verfassungsmässiger Auftrag und dadurch eine kantonale Aufgabe ist und bleiben muss, war ihnen egal. Diese Fachstelle ist mit 150 Stellenprozenten besetzt und kostet den Kanton 325`000.- pro Jahr, was 0,1Promille der gesamten Kantonsausgaben entspricht. Im Gegenzug forderte dieselbe Partei bei einem Brückenobjekt deren Ausführung statt in Beton in „heimischen Holz“ obwohl diese um mehr als 1Mio. Fr. teurer zu stehen kommt und jährliche Mehrkosten an Unterhalt anfallen. Oder, da wurde auf Antrag der FDP die Mindeststeuer auf dem Buchwert der im Kanton gelegenen Grundstücke von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften abgeschafft. Die Höhe dieses Steuersatzes beträgt übrigens 1,5 Promille. Auf Grund der Berechnung 2001 führt dies zu einem jährlichen Verlust von 4,5 Mio. für den Kanton und 1,9 Mio. für die Gemeinden. Solches Sparen zu Gunsten der Reichen ist im Grossen Rat modern geworden, Beispiele gäbe es noch zu Hauff. Die so entstehenden Defizite werden dann in der Budgetdebatte auf dem Buckel, sprich zu Lasten der unteren Einkommen oder der Bildung etc. wieder ausgeglichen. Auch der Umgang mit unserem Boden schreit förmlich nach Veränderung. In der Raumplanung hat sich nicht nur die Vorberatende Kommission sondern der ganze Grosse Rat längst von der in der Bundesverfassung verankerten Politik der Nachhaltigkeit verabschiedet. Nicht einmal die Bauern im Rat mucken mehr auf, wenn Fruchtfolgefläche zu Lasten neuem Baulandes geopfert wird. Am Beispiel der Gemeinde Oftringen sollt ihr sehen, wie wir mit der Ressource Boden im Kanton Aargau umgehen. Oftringen hat eine Baulandreserve von über 100ha, keine Gemeinde des Kantons kommt auch nur annähernd an eine solche Zahl. Diese kann die Gemeinde nicht einmal in 50 Jahren überbauen. Trotzdem stellte sie dem Regierungsrat den

Antrag zusätzlich 10ha. neu einzuzonen. Die SP und ich, als ihr Sprecher, haben uns gegen solches Vorgehen gewehrt. Vergeblich, der Grosse Rat bewilligte diesen Unsinn entgegen der regierungsrätlichen Botschaft. Die Interessen einiger Bauwilliger gehen der Nachhaltigkeit vor und entsprechen in keiner Art und Weise dem Raumplanungsgesetz wo ein haushälterischer Umgang mit unserem Boden verankert wäre. So werden in der Schweiz jährlich rund 30Km² überbaut, was der Fläche des Brienersees entspricht. Ein umdenken ist auch hier nicht in Sicht. Dafür sind wir im Rat grosszügig bezüglich Beratung des neuen Gesetzes über die Kinderzulagen. Hier werden wir wohl den aus der 1.Lesung hervorgegangenen Beschluss der Erhöhung von bisher 150.- auf neu 170.- definitiv beschliessen. Wauu, welche Entlastung für die Familien. Wenn man bedenkt, dass wir in der Schweiz für einen Primarschüler pro Jahr gleich viel Geld ausgeben wie für drei Milchkühe, gibt mir dies zu denken. Dass ein Kind die Eltern bis es 20 Jahre alt ist 824'000.- kostet, eingerechnet sind dabei nicht nur die direkten Kosten, wie Nahrung, Kleider, Ferien etc. sondern auch die indirekten Kosten, wie der Verzicht auf Erwerbsarbeit wegen Kinderbetreuung etc. ist eine untersuchte und belegte Tatsache. Für die SVP ist die Familie jedoch „Privatsache“ und soll auch so finanziert werden. Dies mit dem Hinweis, man wolle nicht noch mehr Staat. Die Familienpolitik wird in unserem Land vernachlässigt und braucht dringend mehr Beachtung. Wenn wir die Geburtenrate von heute 1.23 Kinder pro Frau gegenüber 2,68 Kindern noch im Jahr 1964 wieder anheben wollen, braucht es ein neuzeitliches, verändertes, angepasstes Umfeld. Ansonsten leisten wir einer ungunstigen Entwicklung Vorschub. Dazu gehören meines Erachtens auch die Einführung von Mittagstischen, Kinderhorten, Blockzeiten aber auch andere Modelle wie zum Beispiel Tagesschulen sind zu prüfen. Im Kanton Aargau stehen in der nächsten Zeit einige grosse Brocken zur Beratung an. Da wäre zum Beispiel das Gesetz über die Aufgabenteilung GAT III. Die Reform zur Aufgaben – und Leitungsüberprüfung ALÜP. Die Parlamentsreform. Die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung WOV. Aber auch die Privatisierungsabsichten bezüglich AKB und die Abschiebungsabsichten auf die Gemeinden des Regierungsrates

im Zusammenhang mit dem neuen Sozialhilfegesetzes sind noch nicht vom Tisch. Durch das Zusammenlegen, kürzen, streichen oder abschieben von Dienstleistungen und Kosten des Kantons auf die Gemeinden, nimmt dort der Druck zu und der evtl. gewollte Zwang zu Gemeindefusionen wird zunehmen. Mit der Vorlage zum Polizeigesetzes, welches demnächst beraten wird oder dem bekannten „Horizont 2003“ sind klare diesbezügliche Absichten erkennbar. Hier müssen wir wachsam bleiben. Wir als Sozialdemokratische Partei müssen uns künftig klarer positionieren. Die Probleme unseres Staatswesens müssen angegangen und Lösungen zugeführt werden. Es darf nicht sein, dass wir uns vor Themen wie z.B. Asylwesen oder Ausländerinnen- und Ausländerproblematik verschliessen. Beim einem über 20% AusländerInnenanteil müssen wir die Überfremdungsängste eines grossen Teiles der Bevölkerung ernst nehmen. Dass ein grosser Teil dieser Zuwanderer aus einem anderen Kulturkreis stammen und vorab unseren Mädchen und Frauen gegenüber eine oftmals despektierliche Haltung einnimmt, macht die ganze Situation noch schwieriger. Gerade darum ist nicht ein polemisches Vorgehen alla SVP sondern ein wohldurchdachtes, überlegtes, auf unseren Gesetzen, Rechten und Pflichten basierendes integrieren von Nöten. Wir müssen aber auch aufzeigen, wohin der Weg des Tot Sparens führt, welche Auswirkungen und Folgen dies für die Gemeinden und somit für uns alle hat. Sparen ist durchaus richtig und wichtig. Verschieben von Kosten von oben nach unten, dass kürzen von Leistungen und Aufgaben und das verhindern von innovativen, nachhaltigen und zukunftsgerichteten Alternativen, hat nichts aber auch gar nichts mit Sparen zu tun sondern bringt uns enorme Mehrkosten in der Zukunft.

Mit eurer Unterstützung werden wir versuchen unseren Kanton ein kleines bisschen sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen.

Ich danke euch fürs zuhören und für das Vertrauen welches ihr uns mit der Nomination entgegengebracht habt.

Roland Agustoni

*Grossrat,
Magden*